

Keine Legendenbildung um den britischen EWG-Beitritt

Autor(en): **Brügel, J.W.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **51 (1972)**

Heft 3

PDF erstellt am: **30.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-338509>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Keine Legendenbildung um den britischen EWG-Beitritt

In Brüssel wurde am 22. Januar der Vertrag unterzeichnet, durch den Grossbritannien, Irland sowie die zwei sozialistisch geführten Staaten Dänemark und Norwegen den Europäischen Gemeinschaften beitraten. Neutrale Staaten, wie Österreich und die Schweiz, haben zum EWG-Problem naturgemäss eine andere Einstellung, aber der Beitritt Grossbritanniens, Irlands, Dänemarks und Norwegens ist vom demokratischen, vom europäischen und vom sozialistischen Standpunkt zu begrüessen, auch wenn sich die britische Labourbewegung, deren Exponenten zwischen 1964 und 1970 soviel zu diesem Erfolg beigetragen haben, selbst dazu verurteilt hat, bis auf weiteres abseits zu stehen. Nun möchte die britische konservative Regierung gerne die Lorbeeren dafür einheimsen, dass sie diesen Schritt zur weiteren Konsolidierung Europas herbeigeführt hat. Da muss man doch, um einer Legendenbildung vorzubeugen, die Tatsachen in Erinnerung rufen. Die Menschen vergessen so schnell: Als Ehrengast bei der Unterzeichnung in Brüssel konnte man am Bildschirm Harold Macmillan sehen. Sicher, er hat 1961 zum erstenmal den Versuch gemacht, sein Land in die EWG zu führen. Aber vorher, 1957, hatte er diesen Schritt abgelehnt und damit nur die Komplikationen geschaffen, unter denen nicht nur Grossbritannien seither gelitten hat.

Als 1949 Robert Schuman mit dem Vorschlag kam, die Kohle- und Stahlindustrie des freien Europa zusammenzulegen, regierten in London die Sozialisten. Teils aus pseudosozialistischen, teils aus isolationistischen Motiven lehnte es die Labourregierung von damals ab, mit dem Projekt etwas zu tun zu haben. Darin hatte sie die volle Unterstützung der damaligen konservativen Opposition. Auch der grosse Europäer Churchill wollte damals vom Schuman-Plan nichts wissen. Aber seit langem pfeifen es die Spatzen von allen Dächern, dass der immer mehr zusammenschrumpfende britische Bergbau mehr als irgendwer den Anschluss an die Kohlen- und Stahlgemeinschaft in Luxemburg braucht, die über weit bessere Umschulungsmöglichkeiten für überzählige Bergarbeiter als irgendein einzelnes Land verfügt.

Umgekehrt und doch wieder ähnlich war es 1956/57, als der Gemeinsame Markt gegründet wurde. In London herrschten die Konservativen, und ihr Regierungschef Macmillan verkündete als der Weisheit letzten Schluss, dass man den sechs Ländern, die sich zusammenschliessen wollen, viel Glück wünsche, aber selbst mit dem Plan nichts zu tun haben wolle. Dass «viel Glück» für die Sechs unter diesen Umständen «viel Unglück» für das sich vom gemeinsamen Fortschritt ausschliessende Grossbritannien bedeuten muss, ist damals wenigen eingegangen. Es hat bei den Konserva-

tiven wie bei der sozialistischen Opposition entschiedene Anhänger eines «Anschlusses an Europa» gegeben, aber die Labourführung machte der Regierung in dieser Sache keine Schwierigkeiten. Zwar stimmt es, dass der gegenwärtige konservative Premierminister Eduard Heath, der sich jetzt als Held feiern lässt, immer für diese Art der internationalen Zusammenarbeit eingetreten ist, aber 1957 war er ein Mann ohne grosse Bedeutung und hat auch der Politik seiner Partei in dieser Sache damals nichts in den Weg gelegt.

Welche Unmasse von Schwierigkeiten hätte man sich und der Welt erspart, wenn man 1957 so vorgegangen wäre, wie es 1961 bis 1963 Harold Macmillan und 1966/67 Harold Wilson vergeblich versucht haben, nämlich ihr Land in die EWG zu bringen! Natürlich konnte man 1957 nicht wissen, dass 1958 in Frankreich de Gaulle zur Macht kommen und dem Einlass begehrenden England 1963 und dann nochmals 1967 ein Veto zurufen werde. Aber dieser Gefahr hätte man sich nicht ausgesetzt, wenn man zu den Mitbegründern des Gemeinsamen Marktes gehört hätte, von dem es klar war, dass sich auch noch so stolze Briten auf die Dauer nicht würden fernhalten können. Man hätte den Vertrag von Rom mit-schaffen und seine Bestimmungen stark beeinflussen können, da die sechs Vertragsstaaten vom europäischen Festland damals ein grosses Interesse daran hatten, Grossbritannien an sich zu fesseln. Eine alte Wahrheit sagt, dass die «Abwesenden immer Unrecht haben». Da die Briten nicht mit von der Partie waren, haben die Sechs den Vertrag nur nach ihren Bedürfnissen modelliert und auf die bestenfalls gelangweilt zuschauenden Engländer keine Rücksicht genommen. Das hat sich dann gerächt. Die Schwierigkeiten lagen nicht nur am Starrsinn de Gaulles, der durch einen britischen Beitritt seine napoleonischen Träume von einer französischen Vorherrschaft in Europa bedroht sah, sondern auch an den inzwischen geschaffenen und nicht mehr verwischbaren Tatsachen, die es Grossbritannien wirklich schwer machten, den Beitritt zu vollziehen. Wenn Eduard Heath jetzt in Brüssel triumphiert, dass die mehr als zehnjährige Arbeit des Heranbringens seines Landes an die Sechs von Erfolg gekrönt ist, muss man darauf verweisen, dass weder dieser wirklich übermenschliche Kraftaufwand noch dieser Zeitverlust überhaupt nötig waren. Jetzt musste man, um den Briten (und den Norwegern usw.) den Beitritt zu ermöglichen, zu halsbrecherischen Interpretationen des Vertrags von Rom greifen und konnte immer noch nicht alle durchaus berechtigten Wünsche der vier auf den Eintritt drängenden Staaten erfüllen.

Eduard Heath hat zwar den Beitrittsvertrag in Brüssel unterzeichnet, doch der wird erst nach schwierigen parlamentarischen Kämpfen um die Ratifizierung wirksam werden. In Dänemark und Irland muss die Entscheidung des Parlaments überdies noch durch eine Volksabstimmung bestätigt werden. Norwegen hat gleichfalls eine Volksabstimmung vorgesehen, deren Ergebnis aber das Parlament nicht bindet, wenn auch natürlich

beeinflusst. (In den sozialdemokratischen Parteien Dänemarks und Norwegens gibt es natürlich auch eine gewisse Opposition gegen den Anschluss an den Gemeinsamen Markt, aber die von der Regierung vertretene Linie hat auf allen Parteikonferenzen eine grosse Mehrheit gefunden.) In Grossbritannien entscheidet nur das Unterhaus mit einfacher Mehrheit. Es besteht kein Zweifel, dass der Vertrag schliesslich im Unterhaus durchgehen wird, aber keine der beiden grossen britischen Parteien hat sich in dieser Sache von wirklich historischer Bedeutung für ganz Europa Lorbeeren erworben. Das Endergebnis wird der zähen Arbeit der überzeugten Europäer in beiden Parteilagern und bei den Liberalen zu verdanken sein, bei den Sozialisten vor allem ihren Aussenministern George Brown und Michael Stewart sowie ihrem Schatzkanzler Roy Jenkins.

Die staatlichen Gelder werden direkt den Schulen zugeleitet; die Schüler besitzen keinerlei Kontrollmöglichkeit. Die Fiktion von der Gleichheit aller auf dem Schulsektor gilt dafür als Rechtfertigung. Wegen der hohen Kosten der von beruflichen Pädagogen (die zudem meistens im Ausland studiert haben) entworfenen Erziehung ist diese «Gleichheit» ein Schwindel; zwar profitieren davon alle Lehrer; ansonsten begünstigt sie nur die Bürger, die sich die Universität leisten können. Gerade unsere Hartnäckigkeit, die «kostenlose Schule» zu finanzieren, führt die Gelder aller den Kindern einiger Privilegierter zu. Ivan Illich im «Neuen Forum», Oktober 1969
